

Zahl der Studenten aus armen Ländern sinkt

Besuch einer deutschen Hochschule ist kaum noch finanzierbar - auch wegen Studiengebühren
Studiengebühren machen es Menschen aus Entwicklungsländern fast unmöglich, sich an Hochschulen in Deutschland ausbilden zu lassen. Davor warnt die Studentenorganisation World University Service (WUS).



Teure Ausbildung (dpa)

Frankfurt a. M. Die Zahl der Studierenden aus so genannten Drittweltländern sei bereits rückläufig, sagte der Vorsitzende von WUS-Deutschland, Kambiz Ghawami, der *FR*. Junge Leute aus Ostafrika, der Elfenbeinküste oder Indonesien seien kaum noch in der Lage, ein Studium in Deutschland zu finanzieren, da sie von staatlicher Studienförderung wie Bafög ausgeschlossen seien. Sie erhielten auch keine Kredite, mit denen die Studiengebühren abgedeckt werden sollen, da die Banken bei diesen Interessenten fürchten, ihr Geld nicht wiederzubekommen. Von Stipendien profitierten zurzeit lediglich rund 20 Prozent aller ausländischen Studierenden.

Studieren in der BRD

Rund 250 000 Ausländer studieren nach Angaben des Deutschen Studentenwerks in der BRD, das sind rund zehn Prozent aller Studenten.

139 000 stammen aus Schwellen- und Entwicklungsländern. 70 000 gelten als "Bildungsinländer" (Ausländer mit deutscher Hochschulreife).

41 000 kommen aus anderen Industrienationen. Die Lebensbedingungen dieser Ausländer werden sich nach der Sozialerhebung des Studentenwerks durch Studiengebühren weiter verschlechtern.

Laut Studie steht Studenten aus Entwicklungsländern mit nur 600 Euro im Monat deutlich weniger Geld zur Verfügung als deutschen Kommilitonen. Mehr als 50 Prozent der ausländischen Studenten gaben an, ihre Entscheidung für ein Studium in der BRD sei stark von der bisherigen Gebührenfreiheit beeinflusst gewesen. ki

In Bundesländern wie Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen müssen ausländische Studierende wie ihre deutschen Kommilitonen demnächst auch noch Studiengebühren von rund 500 Euro schultern. Das Land Hessen stellt es den Hochschulen frei, von Studenten aus Nicht-EU-Staaten bis zu 1500 Euro pro Semester zu verlangen. Sollte es bei dem Plan bleiben, wirke sich dies aus Sicht Ghawamis negativ auf die Bildungselite ärmerer Länder aus. Das Vorhaben laufe zum einen den Interessen der international orientierten Hochschulen zuwider. Zum anderen konterkarriere es entwicklungspolitische Schritte der Bundesregierung.

"Die entwicklungspolitische Verantwortung für Studienbeiträge darf nicht auf die Hochschulen verlagert werden", fordert WUS-Chef Ghawami. Anders als die Hochschulgruppe der Jusos in Hessen sieht der WUS-Vorsitzende jedoch keinen fremdenfeindlichen Hintergrund. Man habe bei der Planung von Studiengebühren den entwicklungspolitischen Aspekt einfach nicht bedacht.

Das Land Hessen sowie andere Bundesländer mit Studiengebühren, forderte Ghawami auf, die bundesweit rund 98 000 Studierenden aus Entwicklungsländern von Gebühren zu befreien. Es müsse im Interesse Deutschlands liegen, sich im internationalen Wettbewerb als weltoffener Hochschulstandort zu profilieren. Ansonsten könne sich ein Studium in Deutschland künftig nur noch die ausländische Geld- nicht aber die Bildungselite leisten.